



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDS.  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 17  
8. Jahrgang

7. September 1940

Phantastische Kriegsgewinne in DeutschlandAufhebung der Kriegsgewinnsteuer

"Verbrechen am deutschen Volke" (ITF) "Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muss die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne". Der klingt wie Nazi-Sozialismus und es ist es auch. Es ist ein Versprechen, mit dem die Nazis Anhänger warben und das sie brachen. Es ist der 12. Punkt des Programms der Nazi-partei, für das einzutreten Hitler "wenn nötig, unter Einsatz des eigenen Lebens" versprach. - Hitler lebt noch, er hat einen Krieg entfesselt, der vom deutschen Volk ungeheure Opfer an Gut und Blut fordert - und die deutschen Industriellen scheffeln Kriegsgewinne.

Gewiss, eine grosse Zahl deutscher Betriebe musste stillgelegt werden. Die Arbeiter dieser stillgelegten Betriebe werden an andere Arbeitsstellen gesandt, wo sie oft wesentlich weniger verdienen als bisher. Sie erhalten keine Entschädigung dafür, dass sie ihre Wohnung und vielleicht auch ein kleines Stück Land aufgeben müssen. Doch der Staat hat sich bereit erklärt, den Unternehmern der betroffenen Betriebe eine Subvention zur Erhaltung der Betriebs-Substanz zukommen zu lassen; der Preiskommissar gestattet den weiterarbeitenden Betrieben eine besondere Preiserhöhung, deren Ertrag den Besitzern stillgelegter Betriebe ausgezahlt wird.

Phantastisch hohe Kriegsgewinne. - Die Unternehmer, deren Betriebe weiterarbeiten, verdienen erstaunliche Summen. Der Krieg für den sogenannten Nazi-"Sozialismus" ist für die Unternehmer ein fettes Geschäft. Sie haben zwar weitgehend ihre Dispositionsfreiheit verloren, aber über den Schmerz, dass ihnen jetzt statt der Kartellstellen die staatlichen Kriegswirtschaftsstellen Produktionsrichtung und Produktionsumfang vorschreiben, können sie sich mit phantastischen Kriegsgewinnen trösten.

Die Höhe dieser Gewinne ist nicht leicht zu erkennen, denn Hitlers vob sozialistischen Phrasen tiefende Regierung hat den deutschen Industriellen das Verschleiern der Gewinne erleichtert. Seit 1937, mit dem Beginn der letzten Phase der Vorbereitung des Nazi-Kriegs, brauchen die deutschen Aktiengesellschaften nicht mehr alle Gewinne in ihrer Bilanz aufzuführen. Seit Kriegsbeginn brauchen sie diese verschleierte Bilanzen nicht einmal mehr in der Tagespresse veröffentlichen, sondern nur noch im "Reichsanzeiger", der unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheint. Und vor allem: seit Kriegsbeginn können sie die Bilanzen nach Belieben "frisieren"; die Bilanzen müssen nicht mehr durch vereidigte Prüfer geprüft werden!

Trotz dieser Verschleierungsmethoden lässt sich das ausserordentliche Ansteigen der Kriegsgewinne ungefähr erkennen. Man darf sich allerdings nicht dadurch täuschen lassen, dass die Gesellschaften relativ niedrige Dividenden auszahlen. Dividenden werden in Deutschland zur Empörung der Kleinaktionäre absichtlich niedrig gehalten. Aber die Dividenden sind nur ein kleiner Teil der wirklichen Gewinne. Der grösste Teil des Reingewinns verschwindet als unverteiltes Gesellschaftseinkommen, als Rücklage und als Abschreibung auf Anlagen. Schon die Feststellung der Höhe der Abschreibungen zeigt die märchenhafte Höhe der deutschen Kriegsgewinne.

Das in neue Produktionsanlagen gesteckte Kapital soll erwirtschaftet

werden. Da Werkgebäude, Maschinen, Werkzeuge usw. innerhalb einer bestimmten Zeit durch Abnutzen und Veralten wertlos werden und ersetzt werden müssen, wird jedes Jahr aus dem Produktionsertrag eine Summe für diese Erneuerung zurückgestellt, d.h. jedes Jahr wird ein Teil der Anlagen abgeschrieben. Die deutsche Kriegsindustrie aber verdient so ausserordentlich, dass sie Neuanschaffungen, deren Kosten über viele Jahre verteilt werden müssten, aus den Gewinnen eines oder zweier Jahre abtragen kann. Seit Jahren werden in der deutschen Kriegsindustrie "Investitionen, deren Wert über lange Fristen dem Betrieb zur Verfügung steht, aus Erträgen der Gegenwart finanziert" ("Deutscher Volkswirt"). Vorzeitig abgeschriebene Anlagen sind eine Vermehrung des Sachwertbesitzes der die Unternehmen beherrschenden Personen. In Sachwerten wurde der grösste Teil der deutschen Kriegsgewinne angelegt.

Der grosse deutsche Chemie-Konzern I.G. Farben bewertete den Wert seiner Gebäude, Maschinen etc. am 1. Januar 1937 auf 432 Millionen. Er hat in den beiden letzten Vorkriegsjahren das Anlagevermögen um 173 Millionen RM vermehrt, aber 240 Millionen auf Anlagen abschreiben können. Die Abschreibungen betragen mehr als 1/3 des Aktienkapitals.

Die grossen Montankonzerne der Ruhrindustrie Klöckner, Hoesch und Haniel, haben in den 6 Jahren 1933 bis 1939 ihre Betriebsanlagen um 192 Millionen vermehrt, aber 216 Millionen abgeschrieben. Sie haben also nicht nur die neuen Anlagen vollständig aus laufenden Gewinnen bezahlt, sondern sogar noch einen grossen Teil der früheren Ausgaben für alte Anlagen abdecken können. - Kleinere Kriegsbetriebe machen es genau so. Die Heinrich Lanz, die bekannte Mannheimer Maschinenfabrik mit einem Aktienkapital von 7 Millionen Mark hat 1937 ihre Betriebsanlagen um 4,2 Millionen erweitert, aber 4,3 Millionen auf Anlagen abschreiben können, also sämtliche Neuanlagen in einem Jahr. Als Dividenden verteilte sie nur 4% ihres Kapitals. Die Nazis erzählten den Mannheimer Arbeitern, so bescheiden sind die Verdienste der deutschen Rüstungsindustrie - mindestens 60% hat dieser Betrieb in einem Jahre verdient und zum grössten Teil in Sachwerten angelegt.

Das sind typische Beispiele aus dem Kriegsgewinnlerparadies in dem angeblich "sozialistischen" Nazi-Deutschland.

Gewiss, die Industriellen haben in Deutschland hohe Steuern zu zahlen, doch die Gewinne der Kriegsindustrie sind so phantastisch hoch, dass die Steuern leicht bezahlt, den Besitzern stillgelegter Betriebe hohe Subventionen bezahlt und trotzdem noch riesige Gewinne in Sachwerten angelegt werden können.

Die Kriegsgewinne sind noch höher als die Rüstungsgewinne der Vorkriegsjahre. Die Nazi-Propaganda verbreitet zwar eine Berechnung des "Statistischen Reichsamts" nach der schon 1938, im letzten Friedensjahr, die Gewinne der deutschen Aktiengesellschaften im Durchschnitt um 5,4% zurückgegangen seien. Aber die Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts sind heute eine Angelegenheit des Propagandaministeriums. Das Statistische Amt berechnet die Gewinnentwicklung nur an Hand der von den Grossaktionären zugegebenen (!) Reingewinne. Diese Ziffern besagen nichts. Für die Beurteilung der Lage der deutschen Industrie "wird man nicht nur die von den Gesellschaften als solche bezeichneten Jahrgewinne zugrunde legen dürfen. Unter dem neuen Aktienrecht sind sie zu einer Grösse von sehr begrenztem Erkenntniswert geworden" schreibt die "Frankfurter Zeitung". Der Jahresgewinn besteht aus den sichtbaren Zuweisungen an Rücklagen und Sozialfonds, an Gewinnausschüttungen an leitende Angestellte und den offenen Abschreibungen. Im letzten Vorkriegsjahre, in dem angeblich die Gewinne um 5,4% gesunken sein sollten, sind sie nach Berechnung des führenden deutschen Wirtschaftsblattes bei charakteristischen Aktiengesellschaften um 13% gestiegen.

Ueber die Gewinnentwicklung in den Kriegsmonaten liegen unter der Kriegszensur bisher kaum verwendbare Mitteilungen vor. Aber die Feststellungen der "Frankfurter Zeitung", dass bei den typischen deutschen Aktiengesellschaften 1939, trotz Produktionsrückgang der Verbrauchsgüterindustrien, die Gewinne im Durchschnitt noch 12% höher waren als 1937, zeigt, wie Hitler die Kriegsgewinnler "bekämpft".

Kriegsgewinnsteuer aufgehoben. - Den deutschen Industriellen genügten diese Gewinne noch nicht. Sie verlangten, dass die bei Kriegsbeginn eingeführte Mehreinkommen-Steuer beseitigt werde und dass die Nazi-Propaganda sie gegen den Vorwurf verteidige, dass sie aus der Not des Volkes Gold münzen. Hitler hat sich wieder einmal den Industriellen gefügt, die Kriegsgewinnsteuer ist beseitigt worden und über Kriegsgewinne darf nicht mehr gesprochen werden. Hitlers Preiskommissar Josef Wagner, der gleiche Wagner, der sich einst in Westfalen als Nazi-Gauleiter wegen seiner radikalen Re-

den als "roter" Wagner feiern liess, versicherte jetzt auf einer Tagung des Industriellenverbandes: "in Deutschland ist das Wort Kriegsgewinne überhaupt fehl am Platze... unmässige Kriegsgewinne können nicht entstehen". Die unmässigen Gewinne der deutschen Kriegsindustrie gelten dem Nazi als angemessener Profit. Ja, er verspricht noch höhere Gewinne: "Jede Hemmung des Unternehmergeistes liegt der Preispolitik fern. Ausdrücklich wird besonderen Leistungen ein Sondergewinn zuerteilt. ("Deutsche Allgemeine Zeitung".)

Bei Kriegsbeginn hatten die Nazis eine bescheidene Kriegsgewinnsteuer eingeführt: alle durch Krieg erhöhten Einkommen sollten um 50% höher besteuert werden. "Niemand soll am Krieg verdienen", erklärte Hitler.

Die Industriellen haben sich nicht täuschen lassen. Sie haben Geschäfte gemacht und durchgesetzt, dass noch keine 12 Monate nach Hitlers starken Worten selbst diese bescheidene Kriegsgewinnsteuer fiel.

Die Nazis verstärken den Druck auf die Löhne der deutschen Arbeiter und Angestellten. Polnischen Arbeitern zahlen sie 15 bis 20% unter Tarif. Tschechische, holländische, belgische, französische, norwegische, dänische Arbeiter werden in die deutsche Lohndruckmühle gepresst. Aber gleichzeitig wird die Kriegsgewinnsteuer aufgehoben, werden die Kriegsgewinnler zum Ausplündern ermuntert. "Industrielle, Bank- und Börsen-Fürsten bereichert euch" - d a s ist Nazionalsozialismus ohne Maske.

(Für die Red.: Aktiengesetz: Allgemeine Aufwendungen wie Rücklagen, Fonds für Betriebsausbau etc. können seit 1937 stillschweigend vom Rohgewinn abgesetzt werden; Prüfung: Verordnung 4.IX.1939; "Deutscher Volkswirt", 23. VII.38.; "Frankfurter Zeitung", 10.VII.40.; Steueraufhebung: Deutsches Nachrichtenbüro, 23.VIII.40; Wagner: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 4.VIII.1940.)

### Völker unterm Hungerhaken

Lebensmittelmangel und Kohlenknappheit lassen die Bewohner der von deutschen Truppen beherrschten Gebieten vor dem kommenden Winter bangen.

Mangel - Aus BÖHMEN und MÄHREN haben die deutschen Behörden im Frühsommer Kartoffeln ins Reich transportiert. Stolz berichtet das Berliner Ernährungsministerium, dass in ganz Deutschland für die kritischen Wochen vor der Kartoffelernte Kartoffelreserven angelegt worden waren. Doch in den tschechischen Grosstädten gab es im Hochsommer zur Verzweiflung der Arbeiterfrauen kaum Kartoffeln.

In OSLO sind Eier und Fleisch knapp. Um grösserem Brotmangel vorzubeugen, lassen norwegische Behörden das Mehl mit gemahlenem Heu strecken.

In DANEMARK sind die Kaffee-, Tee-, Kakao- und Zuckerrationen gekürzt worden. Brot musste rationiert und der Brotpreis musste erhöht werden. Der Milchpreis wurde (am 1. September) von 50 auf 87 Oere heraufgesetzt.

Futtermangel zwingt die dänischen Bauern zum Abschlachten ihres Viehbestandes. Da es aber an Metall für Konservenbüchsen fehlt, und nicht genug Käufer für das Frischfleisch zu finden sind, sinken die Fleischpreise. Um die Bauern vor zu grossem Verlust zu schützen, vernichtet das dänische Landwirtschaftsministerium Schweine - während in dem nahen Oslo Fleischmangel herrscht. - Das ist Hitlers "europäische Ordnung".

Zwangsarbeit und Deportation - Während der unruhigen Tagen nach der Gleichschaltung des holländischen Gewerkschaftsbundes hat die für die deutschen Besatzungsbehörden herausgegebene "Deutsche Zeitung für die Niederlande" hohe Beamte der Besatzungsbehörden über ihre Pläne für eine "neue Sozialordnung in den Niederlanden" befragt. Die Nazi-Beamten sagten nur in einem Punkt klar, wie sie sich die Zukunft der holländischen Arbeiterschaft denken: "Tausende und Zehntausende holländische Arbeiter müssen den Weg nach Deutschland zur Arbeitsaufnahme finden!" - Bis Ende August waren bereits 34.500 holländische Arbeiter nach Deutschland transportiert worden.

Aus Belgien wurden allein in der dritten Augustwoche 22.000 Arbeiter, überwiegend Metallarbeiter, nach Deutschland transportiert.

Im besetzten tschechischen Gebiet "sammelten besonders gebildete Werbekolonnen Arbeitskräfte" für das Reich, berichtet jetzt das "Reichsarbeitsblatt". Bis zum Mai 1940 waren bereits 120.000 Tschechen nach Deutschland deportiert worden, zum Teil Landarbeiter. Da Deutschland aber auch an der Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Böhmen und Mähren interessiert ist, wurden den Arbeitsämtern befohlen, alle auf öffentliche Unterstützung Angewiesenen und alle Rentenempfänger sowie kurzarbeitende Jugendliche zur Zwangsarbeit aufs Land zu schicken. - Während der Kämpfe im We-

sten wurde die Deportation tschechischer Arbeiter verstärkt, die tschechischen Arbeiter sollten eingezogene deutsche Arbeiter ersetzen. In Prag schätzt man die Zahl der bis Mitte Juli deportierten tschechischen Arbeiter auf 250-300.000.

In Dänemark zählte man Ende Juni 50% mehr Erwerbslose als im Vorjahr. Tausende dänischer Arbeiter müssen zur Arbeit nach Deutschland. In Kopenhagen dürfen von 800 Taxis nur noch 200 fahren, auf der Strasse sieht man grosse Autobusse, die von 2 Pferden gezogen werden.

Lohndruck - In HOLLAND ist nach der Gleichschaltung der freien Gewerkschaften der Druck auf die Löhne so stark geworden, dass der Nazi-Kommis-sar anordnen musste, dass Löhne nur noch mit seiner Genehmigung gesenkt werden dürfen. - In NORWEGEN haben die deutschen Behörden eine 8%ige Senkung der Löhne der Ziegeleiarbeiter befohlen.

...und Not. - Hitlers zweiter Kriegswinter wird den Arbeitern und Erwerbs-losen der besetzten Gebiete grösste Not bringen. Verzweifelt appellierten die Vertreterinnen der Kopenhagener Gewerkschafterinnen an die Regierung: die durch die Besetzung des Landes ausgelöste Teuerung bedroht die Exi-stenz zahlloser Arbeiterfamilien. Wenn die Preise weiter steigen, werden viele Erwerbslose den kommenden Winter nicht überleben! - wenige Tage spä-ter musste der Brotpreis verdreifacht werden.

Die Preise werden noch weiter steigen, denn Deutschland nutzt die Not-lage der wehrlosen Unterworfenen aus. Aus Dänemark rollen Lebensmittelzü-ge nach Deutschland, aber Deutschland bezahlt nicht und liefert auch nicht im Tausch die Roh- und Brennstoffe, die Futtermittel, die das Land drin-gend braucht. Statt Waren erhält das unterworfen Land Reichsmark-Gutha-ben, für die es nichts kaufen kann. Deshalb werden Rohstoffe knapp, des-halb schliessen Fabriken, deshalb reichen die Lebensmittel nicht und stei-gen die Preise.

Die Kohlennot wird die Leiden des nächsten Winters noch verschärfen. Norwegen bezog 70% seiner Kohle aus England, Dänemark 80%. Jetzt sind die Länder darauf angewiesen, dass Deutschland sie mit Kohle versorgt. Deutsch-land will Norwegen nur 60% der im Vorjahr eingeführten Kohlenmenge liefern und es will auch Dänemark nur ungenügend mit Kohle versorgen. Betriebe wer-den schliessen müssen, die Erwerbslosigkeit wird weiter steigen und in den kalten Zimmern werden die Arbeiter das Hakenkreuz verwünschen, das ihnen dieses Elend brachte.

(Für die Red.: "Deutsche Zeitung für die Niederlande" vom 18.VII.; Heu-beimischung Norwegen: Stockholmer Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 26.VII.; alle anderen Informationen zur Lebensmittelversorgung: Ende VIII.)

### Die Vorkämpfer der neuen Hitler-"Ordnung"

(ITF) Die schwarz uniformierten Gestaposoldaten der SS sind die eigent-lichen Träger der "neuen Ordnung", die Hitler Europa aufzwingen will. Sie erscheinen hinter den deutschen Truppen, sobald die Hauptkämpfe abgeschlos-sen sind. In Prag, in Warschau, in Oslo und Kopenhagen, in Brüssel, Amster-dam und Paris haben sie Spitzelzentralen eingerichtet, in den Provinzstäd-ten der besetzten Länder verhören sie ihre Opfer nach bekannten Methoden. Menschen gelten ihnen nichts. Sie haben sich sieben Jahre lang beim Quä-len wehrloser Gefangener abgehärtet, sie sind in siebenjähriger Praxis in den Konzentrationslagern zu Trägern der "neuen Ordnung" ausgebildet worden, die sie jetzt den Besiegten bringen sollen.

Seit sieben Jahren kennt die Welt den Terror der Gestapo. Aber viele hielten, was in diesen sieben Jahren in Deutschland geschah, für eine in-neren Angelegenheit des Reiches. Der Krieg hat gezeigt, dass Gangstertrupps, die sich eines Landes bemächtigen, eine internationale Gefahr sind, zu de-ren Beseitigung sich alle zusammenfinden müssen, die den Sieg der Barbarei verhindern und einer zukunfts-trächtigen Neuordnung die Bahn freihalten wollen.

Seit sieben Jahren sind Dokumente der Nazibarbarei veröffentlicht wor-den. Sie erreichten nur einen verhältnismässig engen Kreis. Aber der Krieg hat den Nebel der Nazipropaganda zerrissen. Heute werden viele mit wachem Auge den Bericht lesen, den eine deutsche Frau vorlegt, den Bericht vom Kampf um das Leben ihres durch Hitlers Konzentrationslager gejagten Sohnes und von seinem Untergang x). Dieses Buch schildert einen Einzelfall, einen kleinen Ausschnitt aus dem blutigen Alltag der Nazi-Diktatur. Doch Teile

x) Irmgard Littens Darstellung erschien deutsch unter dem Titel "Der Fall Litten" in den "Editions nouvelles internationales", Paris 1940 englisch unter dem Titel "A mother fights Hitler" bei Allen & Unwin.

des Buches heben sich heraus, bleibende Dokumente der Anklage gegen das System der Barbarei, das sich die Welt unterjochen will.

Wir lassen einen Abschnitt für das Buch und gegen das Hitler-System sprechen:

Das ist SS!

Drei Gefangene waren der Hölle des Konzentrationslagers Lichtenburg entronnen. Die SS-Lagerwache hatte die Entsprungenen gejagt und gefangen. Es war "Donnerstag nachmittag. Mittagsappell. Alle (Gefangenen-)Kompagnien waren bereits angetreten. Gefangene schleppten einen Tisch über den Hof und stellten ihn in der Mitte auf. Einen zwei Meter langen Tisch. Plötzlich erschienen in der Tordurchfahrt vom ersten Hof her drei Gefangene, mit Stricken und Stöcken beladen, umgeben von SS-Leuten.

Das waren die Entsprungenen! Zwei waren ältere Leute, der Dritte ein bleicher, hochgewachsener Mann, Anfang der zwanziger Jahre. Sie sahen totenbleich aus, die Gesichter mit Blut beschmiert, schlichen sie über den Hof. Der jüngere ging mehr als zehn Meter hinter den beiden anderen. Er konnte kaum noch gehen. Die leinenen Gefangenen-Anzüge - diese Kompagnie hatte sogar im strengsten Winter nur alte Drillichanzüge - waren zerrissen. Die drei Männer standen dem Tisch gegenüber und warteten. Die Gefangenenkompagnien starrten sie an. Jeder fühlte, dass etwas Grauenhaftes kommen musste. Was, wusste keiner. Nachdem der SS-Unterführer Fettke die Stärkezahlen der Kompagnien abgenommen hatte, entstand wieder ein bedrücktes Schweigen im Hofe. Endlich, nach etwas zehn Minuten erschien der Kommandant, Herr Obersturmbannführer Schmidt, mit grossem Gefolge. Er nahm die Meldung ab. Dann wartete man, dass Fettke die 'Urteile' verlesen würde. Aber es kam anders.

Krebsrot im Gesicht, trat der Lagerkommandant Schmidt selber in die Mitte des Hofes und hielt folgende Ansprache: 'Ihr wisst, dass drei Schutzhäftlinge versucht haben, auszubrechen. Wir haben die Hunde wiederbekommen. Leider Gottes (leider Gottes! sagte er) sind sie nicht auf der Flucht erschossen worden. Aber ich habe Mittel, das wieder gutzumachen!' Und Herr Schmidt drehte sich zu seiner SS und gab ein Zeichen mit der Hand. Die SS stürzte sich auf einen der Gefangenen, und zwar auf einen der beiden älteren. Zwei Kerle ergriffen den Mann und warfen ihn auf den Tisch. Der Mann, in Todesangst, sträubte sich, wollte sich wehren, aber sie packten ihn und hielten ihn fest. Die Stricke wurden auseinandergezerrt und der Mann wurde an den Tisch festgebunden.

Dann schrie der Lagerkommandant: 'Und nun sollt Ihr was erleben! So geht's einem jeden, der versucht, sich aus dem Lager fortzumachen! - Los!'

Diesmal waren es nicht zwei, sondern vier Leute, die zu gleicher Zeit schlugen. Gezählt wurde nicht, aber einzelne Gefangene haben mitgezählt! Die ersten zwanzig Hiebe etwa hielt der Mann schweigend aus. Dann fing er an zu schreien. Aber das Toben des Kommandanten überschrie ihn.

'Schlagt fester!' brüllte er. 'Der Kerl spürt ja nichts!'

Und die SS-Leute schlugen. Nach einiger Zeit wimmerte der Mann noch, dann muss er in Ohnmacht gefallen sein. Etwa zwanzig oder dreissig Hiebe lang glaubten wir, er sei bereits gestorben, dann aber schrie er wieder. Die SS schlug sich geradezu in einen Paroxysmus hinein. Gegenseitig rissen sich die Kerle die Stöcke aus den Händen, um 'auch mal zu hauen'. Endlich brüllte Herr Schmidt: 'Aufhören!' Aber seine SS-Leute hörten nicht. Er musste noch zweimal schreien, bis sie von ihrem Opfer abliessen.

Als die Stricke losgebunden wurden, fiel der Misshandelte vom Tisch herunter. Der Kommandant schrie: 'Hier gibt's keine Anstellerei! der Nächste!'

SS-Leute ergriffen den anderen älteren Mann und warfen ihn auf den Tisch. Während er festgebunden wurde, schleppten andere den ersten auf den Rasen und liessen ihn liegen.

Die Gefangenen hatten sich zuerst das ekelhafte Schauspiel ziemlich ruhig angesehen. Als aber die Schläge nicht aufhören wollten, fingen einige an zu murren. Die SS hatte sich nicht darum gekümmert. In einer Kompagnie hatten zwei Leute epileptische Krämpfe bekommen, andere hatten angefangen zu brechen.

Inzwischen war das zweite Opfer festgebunden worden, und Schmidt gab das Zeichen zum Anfangen. Der Mann lag auf dem Tisch und bäumte sich auf. Immer wieder mussten die Stricke, mit denen er gebunden war, festgebunden und nachgezogen werden.

Dieses Aufbäumen brachte Herrn Schmidt und seine Bande zur Raserei. Sie schlugen wie Drescher. Einer riss dem andern den Stock aus der Hand. Jeder Hieb war die Kraftanstrengung eines Schwerathleten, der sich beobachtet und bewundert weiss. Die Gefangenen begannen zu toben. Gefangene, die sonst vor Angst nicht ein noch aus wussten, fingen an zu schreien: 'Ihr Hunde!'

Ihr Mörder! Ihr Verbrecher!! Die SS und ihre Meister kehrten sich an nichts. Ab und zu wurde einer oder der andere in Krämpfen liegende Häftling von anderen Häftlingen hinter den Reihen hindurch zur Krankenstube getragen. Herr Schmidt und seine Bestien waren mit Dingen beschäftigt, die sie mehr interessierten. Der Gefangene lag schon längst in tiefer Ohnmacht. Er spürte nichts mehr, aber sie droschen noch. Er gab keinen Ton mehr von sich. Endlich wurde er erlöst. Herr Schmidt liess ihn losbinden. Irre um sich schauend, stand der arme Mensch vor dem Tisch, an den schon der dritte, der jüngere, geworfen und gebunden wurde. Der Mann biss und schlug um sich. Er wehrte sich wie ein Irrsinniger mit kaum glaublichen Kräften. Immer wieder befreite er sich von seinen Angreifern, schliesslich erlag er der Uebermacht.

Die SS befand sich im Taumel. Sie sahen nicht, wohin sie schlugen. Sie schlugen und brüllten. Gellend hörte man aus dem Trubel die helle Stimme des Geschlagenen. Die beiden anderen hatten nicht viel geschrien; dieser schrie entsetzlich. Er war die ganze Zeit bei vollem Bewusstsein. Keine wohlthätige Ohnmacht umfing ihn. Er blutete, dass das Blut am Tisch herunterlief und von den Tischrändern auf den Boden tropfte. Ich sah einen Haufen Teufel umherspringen und toben. Sie brüllten, als bekämen sie etwas dafür. Mit einem Male war es aus.

Der Mann wurde losgebunden. Herr Schmidt rieb sich die Hände und rief: 'So geht's jedem, der auskneifen will. Merkt's Euch!'

Ich sah die drei Sterbenden den schweren Tisch mit den Stricken über den Hof schleppen. Selbst dazu wurden die Unglücklichen noch gezwungen. Sie bluteten und sahen nicht mehr Menschen ähnlich. Später erfuhr ich, dass der erste 186, der zweite 175 und der letzte ungefähr 150 Hiebe erhalten hatte.

Am nächsten Morgen wurde im Lager bekannt, dass einer der drei in der Nacht gestorben sei. Ein anderer habe sich in seiner Zelle erhängt. Vom Dritten habe ich nichts gehört.

In der folgenden Woche erschien der Reichsführer der SS, Herr Himmler selber, das Lager zu inspizieren. Kurze Zeit darauf wurde der Lagerkommandant Schmidt aus dem Lager versetzt. Manche Gefangenen glaubten, dass Herr Schmidt für seine Unmenschlichkeit zu büssen haben würde. Man erzählte, dass sein Vorgänger wegen Mordes und Gefangenenmisshandlung zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Herr Schmidt ist es nicht so schlecht gegangen. Zwar kam er fort, damit demonstriert wurde, dass die oberste Leitung der Konzentrationslager diese furchtbare Misshandlung missbilligte; aber er verliess Lichtenburg nur, um das Kommando mit einem ähnlichen in einem anderen Lager zu vertauschen.

Diese Begebnisse beweisen, dass die führenden Herren (Hitler, Himmler, Göring u.a.) über die Verbrechen in den Konzentrationslagern unterrichtet sind. Aber sie greifen nur ein, wenn ein Fall zu viel Aufsehen erregt. Sie billigen also diese Zustände, wünschen aber nicht, dass sie in die Öffentlichkeit dringen. Wo Verurteilungen erfolgen, handelt es sich um Ausschreitungen gegen ihre eigenen Leute; in anderen Fällen, wie bei Schmidt, wurde eine Bestrafung lediglich vorgetäuscht; in Wirklichkeit wurden die Betreffenden versetzt, oft befördert".

Denn diese uniformierten Rohlinge gebraucht Hitler als Stützen seines Systems.

Entrechtung der  
französischen Lehrer

(ITF) An den französischen Volksschulen bestanden bisher Lehrerausschüsse, die bei Versetzung und Beförderung von Lehrern ein Mitspracherecht

hatten. Die Pétain-Regierung hat diese Ausschüsse jetzt beseitigt.

Streik und Streikverbot  
in Belgien

(ITF) Die deutschen Generäle haben am 10. Mai, unmittelbar nach dem Einmarsch ihrer Truppen in Belgien, den Arbeitern Streiks verboten.

Das Verbot wird von den Arbeitern nicht so beachtet, wie die Nazis es wünschen. 3 Monate später, am 1. September, mussten deutsche Behörden drohend darauf verweisen, dass Streiks bestraft werden.

In Seidenstrümpfen  
ohne Wintermantel...

(ITF) Eine neue Kleiderkarte wurde in Deutschland am 1. September eingeführt. Die Karte gibt jedem Deutschen das Recht, sich in den nächsten 12 Monaten für 150 Punkte Kleidung und Wäsche

zu kaufen, falls der Vorrat reicht und der Punktebesitzer über genügend Geld verfügt. Die alte Kleiderkarte, die seit dem dritten Kriegsmonat galt, lief über 100 Punkte. Die Nazis haben die Erhöhung der Punktzahl

als Beweis für die günstige deutsche Textilrohstoffversorgung gepriesen. Tatsächlich hat Russland seit Kriegsbeginn nennenswerte Mengen Baumwolle nach Deutschland geliefert. Die russischen Lieferungen waren aber bei weitem kein Ersatz für die fortgefallene Uebersee-Einfuhr. Man hat deshalb wohl die Punktzahl erhöhen können, aber man musste die Punktbewertung ändern, sodass auf die neue Kleiderkarte, trotzdem sie 50% mehr Punkte aufweist als die alte, noch weniger Baumwoll- und Wollwaren gekauft werden können, als auf die alte Kleiderkarte.

Die Punktbewertung einiger Kunstseide- und Zellstoffartikel ist verbessert worden. Doch selbst wenn man statt Woll- und Baumwollwaren vornehmlich Kunstseiden- und Zellstoffwaren kauft, kann man, nach Berechnung der Leiterin der Volkswirtschaftsabteilung des "Deutschen Frauenwerk", nur etwa 25 bis 30% mehr erhalten als bisher - wenn man keinen Wintermantel braucht. Denn das Bezugsscheinsystem ist geändert worden. Für Mäntel, die bisher kartenfrei waren, die man ausserhalb der Ration auf Bezugsschein bekam, müssen jetzt Punkte abgegeben werden; und zwar gleich so viel, dass, wer einen neuen Wintermantel kauft, auf die Kleiderkarte "kaum noch Anderes kaufen kann". Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen wird noch ein Bezugsschein für einen Mantel ausgestellt. Nach der bombastischen Ankündigung der Punktzahl-Erhöhung war das eine besonders unangenehme Ueberraschung. Man kann jetzt mehr Strümpfe und Schlipse kaufen, aber keinen Mantel.

Die hundert Punkte der alten Kleiderkarte sollten ursprünglich für 12 Monate reichen, bei der Ausgabe der Karte im November 1939 wurden aber für alle seit dem 1. September auf Bezugsschein bezogene Textilien Punkte abgeschnitten, die Laufzeit wurde also stillschweigend auf 14 Monate verlängert. Die Textilration war aber so knapp, dass man jetzt die Laufzeit wieder auf 12 Monate beschränken musste; die neue Karte wurde zum 1. September ausgegeben. Man kann das, weil die Textilration nicht aufgebraucht wurde, weil, wie der staatliche Sonderbeauftragte für die Spinnstoffwirtschaft erklärt, viele Deutsche selbst die ihnen zuteilgeknappte Ration nicht voll ausgenutzt haben. Der Industrielle rühmt das als Zeichen erfreulicher Disziplin, doch es ist nur ein Zeichen der Not, die in Deutschland unter dem Hakenkreuz herrscht. Viele Zehntausende deutscher Arbeiter verdienen so wenig, dass von ihnen selbst die knappen Bekleidungsrationen "häufig (!) nicht voll ausgenutzt werden können" ("Frankfurter Zeitung").

Die Zahlungsfähigen können deshalb nicht nur 12 Monate früher als ursprünglich vorgesehen auf die neue Kleiderkarte kaufen, sie können sich auch weiter Zusatzpunkte beschaffen. Sie kaufen getragene Kleidungsstücke auf und liefern sie bei besonderen Sammelstellen gegen Extrapunkte ab. Wer genügend Geld für diesen Punktehandel hat, kann sich auch einen Wintermantel kaufen.

In diesem Winter erkennen die deutschen Arbeiter, die nur "Auch-Volksgenossen" sind, ihre zahlungsfähigen "besseren Volksgenossen" am neuen Wintermantel.

(Für die Red.: Rede Else Vorwercks: Deutschlandsender, 26.VIII.40.; Kleiderkarte: "Faschismus", 2.XII.39., 17.II.40.; "Man kann Kleiderkarten kaufen", "Faschismus", 15.VI.40.)

### Luxemburger Arbeiterpartei aufgelöst

(ITF) In Luxemburg haben die Nazis alle politischen Parteien aufgelöst, und jeden Versuch der Neubildung unter Strafe gestellt.

### Mädchen in Uniform

(ITF) Auf der Eröffnungsfeier einer Ausstellung des deutschen weiblichen Arbeitsdienstes schilderte eine Führerin dieser Organisation, was in den Mädchen-Arbeitslagern gearbeitet wird. Aber sie betonte, dass die Hauptbedeutung des Arbeitsdienstes in der erzieherischen Beeinflussung der Mädchen liege. "Wir Führerinnen sind dafür verantwortlich, dass die deutschen Mädchen tüchtige Arbeiterinnen und dann starke deutsche Frauen und Mütter werden. Wir haben dafür zu sorgen, dass die 100.000 Mitglieder des weiblichen Arbeitsdienstes die Mütter von 100.000 kinderreichen Familien werden". - Niemand wunderte sich über diese Rede, denn dass Frauen möglichst viele Kinder gebären sollen, ist eine alte Forderung der Nazis.

Doch unmittelbar nach den flammenden Worten dieser Arbeitsdienstführerin teilte der Reichsarbeitsführer Hierl mit, dass keines dieser Mädchen, die als Führerinnen dafür sorgen sollen, dass die Arbeitsmädchen kinderreiche Mütter werden, heiraten darf.

Die Arbeitsdienstführerinnen werden wie Beamte bezahlt und versorgt,

aber sie müssen sich bei der Einstellung verpflichten, nicht zu heiraten.  
(Für die Red.: Die Arbeitsdienst-Ausstellung wurde am 23.VIII.40. in Berlin eröffnet.)

### Völker unterm Hungerhaken

(ITF) Bei Abschluss dieser Ausgabe liefen weitere Berichte über die Lage der Arbeiter in Belgien, Dänemark und Frankreich ein.

In Brüssel ist der Kartoffelpreis fast dreimal so hoch wie 1939, für 1 kg Kartoffeln wird Fr. 1,75 verlangt. statt 53

In Dänemark kostet (seit dem 2. September) ein 4-kg-Laib Brot/145 Oere!

In Belgien sind nach einem Bericht der "Frankfurter Zeitung" "etwa 1 Million Belgier noch ohne Arbeit und ein grosser Teil der übrigen kann noch nicht voll arbeiten".

In Paris haben die Autofabriken Citroën und Renault die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. Sie beschäftigen etwa  $\frac{1}{4}$  ihrer Belegschaft in Halbtagschichten beim Bau von Lastautos.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 10.VIII.40., Nr. 404/5.)

### Deutsche Soldaten als Zwangsarbeiter

(ITF) Der Nazi-Kriegsmaschine ist es in den entscheidenden Sommermonaten nicht gelungen, in Englands Verteidigungssystem eine Bresche zu legen. Das deutsche Oberkommando bereitet deshalb die Frühlingsoffensive vor. Ein Teil der etwa 10 Millionen deutscher Soldaten wurde von ihrem Truppenteil in Kriegsbetriebe beurlaubt.

Die beurlaubten deutschen Soldaten dürfen sich natürlich nicht einen Arbeitsplatz in einem ihnen besonders zusagenden Betrieb wählen, denn dann könnten sie durch überlegtes Vorgehen ausreichende Löhne durchsetzen. Um eine Lohnbewegung der Soldaten unmöglich zu machen, schreibt das Nazi-Arbeitsamt einem Teil der Urlauber vor, in welche Betriebe sie gehen müssen. Sehr viele werden einfach von dem Unternehmer zur Dienstleistung angefordert, dem sie vor ihrer Einberufung von den Nazis als Zwangsarbeiter ausgeliefert worden waren.

Vor einiger Zeit hat Hitlers Arbeitsminister die Arbeitsämter ausdrücklich darauf verwiesen, dass jeder zum Militär eingezogene Zwangsarbeiter nur als zum Militärdienst ausgeliehen zu gelten hat, und, falls das Arbeitsamt keine Ausnahme zubilligt, bei längerer Beurlaubung oder Entlassung vom Militär sofort wieder für s e i n e n Unternehmer arbeiten muss. Als dieses Rundschreiben des Arbeitsministeriums unter den Soldaten bekannt wurde, hielten es militärische Stellen für angebracht, zur Beruhigung der Soldaten eine Milderung der Zwangsarbeitsbestimmungen zu erreichen.

Hitlers Arbeitsminister fand sich aber nur zur Erklärung bereit, dass Frontsoldaten "im Prinzip" nicht neu zur Zwangsarbeit gepresst werden sollten. Nur falls es nötig sei, sollten Frontsoldaten noch zur Zwangsarbeit eingezogen werden.

Da die deutschen Arbeitsämter sowieso jede Zwangsarbeitsverpflichtung mit angeblich dringender Notwendigkeit entschuldigen, können Frontsoldaten also ganz wie bisher zur Zwangsarbeit gepresst werden. Auch die Soldaten, die von den Unternehmern, denen man sie als Zwangsarbeiter zugewiesen hatte, zum Militär beurlaubt waren, wurden von den schmachvollen Fesseln der Betriebssklaverei nicht befreit. Sobald sie beurlaubt werden, müssen sie sich bei ihrem Unternehmer zur Dienstleistung melden.

Wenn Soldaten den Unternehmern als Facharbeiter kurzfristig zur Verfügung gestellt werden, sparen die Unternehmer am Lohn. Die Unternehmer müssen der Heereskasse nur  $\frac{76}{100} \frac{2}{3}$  des Tariflohns abführen, dem Soldaten zahlen sie zum knappen Sold nur 15 Pfg. Arbeitslohn pro Stunde. Die Soldaten sehen, dass sie bei Arbeiten, für die ein mehr als 65 Pfg. betragender Tariflohn festgesetzt ist, als Lohndrucker missbraucht werden.

Zehntausende deutscher Soldaten lernen aus bitterer Erfahrung, wie Hitler mit seinem sogenannten "Freiheitskrieg" dem Grossbesitz die Ausbeutungsfreiheit sichert.

(Für die Red.: "Faschismus" 10.VIII.40; Deutsches Nachrichtenbüro, 27. VIII.40.)

### Göring beschlagnahmt Angestelltengehälter

(ITF) Viele der jüdischen Angestellten, die seit Beginn der Nazi Herrschaft in Deutschland ihre Arbeit verloren haben, erhielten das ihnen bis zum Ende der vertraglichen Kündigungsfrist zustehende Gehalt nicht. Göring wendet sich jetzt plötzlich dagegen, dass die Firmen das den Angestellten vorenthaltene Gehalt einstecken. Er ordnet an, dass das den Angestellten vorenthaltene Gehalt - der Reichskasse gezahlt wird.

(Für die Red.: Verordnung vom 22.VI.40; Reichsgesetzblatt. I Nr. 110.)



haben wir u.a.:

Scheckbuch und Ehre  
Slowaken - Knechte Hitlers

- B.B.C.  
- B.B.C.

Scheckbuch und Ehre

(ITF) Aus einem Vortrag Henry Haucks: "Man weiss, dass einige Mitglieder des französischen Grossbürgertums schon seit einigen Jahren mit Hitler und Mussolini liebäugelten. Laval und Baudoin sind die bedeutendsten unter den Politikern und Geschäftsleuten, die sich zu den totalitären Regimen hingezogen fühlten, weil diese die Gewerkschaften und politischen Arbeiterparteien unterdrückt hatten und Juden, Demokraten und Arbeiterfunktionäre in Konzentrationslager geworfen hatten.

Weil sie glaubten, dass sie durch einen Pakt mit den totalitären Staaten ihre Vorrechte verteidigen könnten, lieferten die Politiker von Vichy alles dem Feinde aus, Frankreichs Streitkräfte, Frankreichs Ehre und 3/5 des französischen Bodens. Sie hofften, zum Dank dafür das Recht zu erhalten, in Frankreich ein politisches Regime nach ihrer Wahl errichten zu können und sich ihre Banken, ihre Betriebe und ihre Safes erhalten zu können.

Ihr erster Wunsch wurde ihnen erfüllt. Aber ihr Eigentum wurde nicht so garantiert wie ihr politischer Einfluss. Die Deutschen entschlossen sich, alle bei den Banken im besetzten französischen Gebiet lagernden Wertsachen zu beschlagnahmen und die Besatzungsbehörden ordneten eine systematische Ueberprüfung des Inhalts der Safes an.

Das Unglaubliche geschah: die gleiche Regierung von Vichy, welche sich mit allen Waffenstillstandsbedingungen abgefunden hatte, die der Besetzung von 3/5 des Landes zugestimmt hatte, die den Deutschen die Flugzeuge, die Kanonen, die Tanks und Gewehre, die Maschinengewehre, die französische Armee und, trotz aller ihren Verbündeten gegebenen feierlichen Versprechungen, auch die französische Flotte den Deutschen und Italienern ausgeliefert hätte, die gleiche Regierung von Vichy, die die französischen Festungen entwaffnen und die französischen Fabriken der deutschen Kriegsindustrie zur Verfügung stellen liess, sie protestierte energisch gegen den Bruch des Safeheimnisses!

Alles was nationales Eigentum war, was uns, was Euch Kameraden gehörte, wurde ohne weiteres ausgeliefert. Aber rührt nicht am Kapital, am Reichtum, am Vermögen der Führer! Dividenden und Banksafes sind diesen Ehrenmännern unverletzlich und heilig!"

Slowaken - Knechte Hitlers

(ITF) Aus einer Rede Jan Kaplovičs an die slowakischen Arbeiter: "Nie ging es dem slowakischen Volk besonders gut. Kaum war die ungarische Unterdrückung vorbei, da wurden sie neuer Unterdrückung ausgeliefert, als Slowaken und als Arbeiter. Selbst die heutigen Herrscher der Slowakei haben kürzlich zugeben müssen, dass in der tschechoslowakischen Republik die Slowakei zum nationalen Bewusstsein erwachte und der slowakischen Arbeiterschaft ihr Recht wurde. Aber diese Entwicklung zur wirtschaftlichen Demokratie und sozialen Gerechtigkeit wurde vom gegenwärtigen Regime Tiso und Tuka rückgängig gemacht. Es zwingt die slowakischen Arbeiter in den Dienst der deutschen Herrschaft.

Zehntausende slowakischer Arbeiter werden nach Deutschland gejagt und dort gegen ihren Willen solange festgehalten, wie es ihren Sklavenhaltern gefällt - ein Beweis für den wahren Charakter des Regimes, das versprach, dass es allen Slowaken in der Slowakei Arbeit geben würde und dass es alle Slowaken, die früher auf Arbeitssuche ins Ausland gehen mussten, heimholen würde. Aber selbst die Arbeiter, die in der Slowakei noch Arbeit finden, haben Grund zur Unzufriedenheit. Die faschistische Regierung und leitende slowakische Wirtschaftskreise haben gezeigt, dass das slowakische Wirtschaftsleben im Dienste Deutschlands keine Lohnerhöhungen dulden wird. Der Ministerpräsident Tuka beschimpfte Vertreter slowakischer Arbeiter als sie höhere Löhne forderten und wies sie ab, trotzdem sie nur eine Teuerungszulage gefordert hatten.

Und ein Schlag ins Gesicht ist das Dekret, durch das die slowakische Regierung Zwangsarbeit einführte. Slowakische Arbeiter brauchen nicht zur Arbeit gezwungen werden, sie brauchen Arbeitsmöglichkeiten. Wer anders denkt, kennt die Slowaken nicht. Arme Slowaken gingen stets auf Landarbeit ins Ausland, Slowaken wanderten auf Arbeitssuche durch die ganze Welt. Sollten die Slowaken wirklich heute arbeitsscheu geworden sein? Muss man sie wirklich zur Arbeit zwingen? - Wie müssen die Arbeitsbedingungen in der heutigen Slowakei sein, wenn diese arbeitsamen Leute zur Arbeit gezwungen werden müssen!"